

Europa braucht einen stabilen Kern

Fast ein halbes Jahrhundert nach dem Anfang unserer gemeinsamen europäischen Konstruktion ist Amerika die entscheidende Macht in Europa. Aufgrund dieser Tatsache ist Europa immer noch Objekt und nicht Subjekt der internationalen Beziehungen. Oder noch deutlicher formuliert: Der Unterschied zwischen Amerika und Europa besteht darin, dass Amerika existiert und Europa nicht. Jüngstes und besonders überzeugendes Beispiel dafür ist der Kosovokrieg oder überhaupt die ganze tragische Entwicklung auf dem Balkan seit 1991.

Die Aussage des damaligen Präsidenten Bush, Jugoslawien sei eine europäische Angelegenheit, klingt schon seit längerem etwas ironisch. Sowohl in der unzureichenden Entwicklung der EU zu einem ernstzunehmenden und gleichberechtigten Partner im transatlantischen Bündnis, als auch im Fehlen eines eindeutigen geopolitischen Projekts für unseren Kontinent, welches für die politisch-wirtschaftlichen Eliten und die öffentliche Meinung tragbar wäre, spiegeln sich die Ungewissheiten und Risiken unserer gemeinsamen Zukunft wieder.

Sicherlich befinden wir uns als Mitglieder der EU immer noch in einer privilegierten Friedenszone, aber unmittelbar jenseits unserer EU- bzw. italienischen Grenze schwelen seit 1990/91 blutige Konflikte, die, wie oft in der europäischen Geschichte, eine weltpolitische Dimension erreicht haben, da die Vereinigten Staaten, Russland und merkwürdigerweise auch China in diese Konflikte verwickelt sind. Es ist also überhaupt nicht sicher, ob die seit 1945 etablierte westeuropäische Friedenszone eine große Zukunft haben wird. Deshalb befinden wir uns heute in einer äußerst interessanten, leider aber auch gefährlichen Zeit. Es gibt kein »business as usual« mehr, so, wie es im Kalten Krieg – die letzte idealtypische Gestaltung des europäischen Friedens – der Fall war.

Der Titel dieses Referats weist auf jene merkwürdige Verbindung zwischen Nationalismus und unvollendeter Transformation hin. Ich glaube, antieuropäische und antidemokratische Nationalismen sind mehr oder weniger Kinder der unvollendeten Transformationen unseres Kontinents. Gerade heute befinden wir uns in einer Phase der beschleunigten Umwälzung, die unsere geopolitische Lage gründlich und fortgehend ändern wird. In Europas Namen haben wir unsere Nationalstaaten zum Teil delegitimiert. Dies taten wir, ohne dass aus dieser Krise auch nur die Idee eines gemeinsamen europäischen Staates hervorgekommen ist.

Soviel ich weiß, würde es kein bedeutender europäischer Politiker wagen, die Grenzen Europas zu definieren, ganz zu schweigen von einer Definition des eigentlichen Ziels dieser langwierigen Konstruktion – Europa bleibt weitgehend tabu. Man darf über Europa im Allgemeinen sprechen, die semantische Sphäre Europas ist aber überhaupt nicht definiert.

Deswegen ist vielleicht diese bei den Politikern besonders beliebt. Ich sehe keine echte demokratische Diskussion über verschiedene alternative Projekte. Kein Wunder also, dass gerade in letzter Zeit über Europa mehr geschimpft als diskutiert wird und dies nicht nur in Österreich. Es besteht die Gefahr einer Kettenreaktion, deren Anfänge schon zu beobachten sind. Diese Vorgänge sollten unbedingt gestoppt werden, wenn man weitere Kriege in Europa verhindern will. Der Beginn dieser Entwicklung ist in der weitgehenden Delegitimierung der demokratischen Nationalstaaten, die man einfach als passé abstempelt, zu sehen. Parallel dazu wächst die Unpopularität der EU-Institutionen, die keine demokratischen Alternativen zu den Nationalstaaten darstellen können beziehungsweise wollen. Dieses Manko ist für Demagogen à la Haider ein gefundenes Fressen. Von diesen Personen werden Themen aufgegriffen von der Arbeitslosigkeit bis zur Immigration, die manchmal als Invasion empfunden wird. Folglich entstehen neue oder alte konfliktstiftende Nationalismen, die versprechen, unsere Heimat in Schutz zu nehmen gegen die Fremden, die unseren Wohlstand bedrohen, sogar gegen europäische Mitbürger. Nationalismen, selbstbezogene Regionalismen, Partikularismen aller Art stammen aus der Schwäche unserer heterogenen Nationalstaaten – ich unterstreiche heterogen –, die sich bis jetzt in der Weltgeschichte als einzige Form der liberalen Demokratie bewährt haben. Es gibt Staaten ohne eine Demokratie, vielleicht stellen diese auch die Mehrheit dar, Herr Bebler, aber Demokratien ohne einen Staat kenne ich nicht. Aus den Krisen der nationalstaatlichen Institutionen werden, wenn sie nicht auf europäischem Niveau gelöst werden können, wahrscheinlich politische, vielleicht militärische Konflikte und vermehrt Anarchie entstehen. Der Fall Haider, bei welchem die EU und die einzelnen Nationalstaaten ihre Schwäche bewiesen haben, ist nur der letzte in einer langen Reihe von ähnlichen Beweisen. Wenn wir im Endeffekt weder einen europäischen Staat kriegen noch unsere nationalstaatlichen Gebilden erhalten können, dann werden wir zwischen zwei Stühle fallen. Dies würde die Abwehr konfliktauslösender Nationalismen sicher nicht begünstigen.

Um die Gefahren der gerade erwähnten Kettenreaktion besser analysieren zu können, sollte man drei wesentliche Züge unserer heutigen geopolitischen Lage in Betracht ziehen:

1. die Spannung im nordatlantischen Bündnis: Kann der Westen ohne den Osten weiter existieren?
2. die zunehmende Komplexität des zentralosteuropäischen Raumes, die die Osterweiterung der EU wesentlich erschwert.
3. die Lage in Russland und in den anderen postsowjetischen Staaten, die man auch diplomatisch schwer als unvollendete Transformation bezeichnen könnte.

Kann der Westen ohne den Osten weiter existieren? Also abstrakt gesehen sicherlich nicht. Der Westen ist nicht mehr der Westen des Kalten Krieges. Damals waren unsere vitalen nationalen Interessen gleich.

Wir sollten uns gemeinsam vor der Sowjetunion schützen. Das Ende des kommunistischen Reiches hat unsere Beziehungen wesentlich gelockert. Unsere Perzeptionen und Interessen werden zunehmend auseinanderfallen. Vor einer Woche hat die amerikanische Botschaft in Rom eine interessante Tagung mit dem Titel »What divides us?« veranstaltet. Diese Entwicklung war schon Anfang der 90er Jahre erkennbar, als Deutschland die Politik des Alleingangs oder Zu-Dritt-Gangs mit Österreich und dem Heiligen Stuhl im jugoslawischen Konflikt wählte. Besonders in den USA, aber auch in anderen EU-Ländern wurde damals die altbekannte Germanophobie geweckt. Bis 1989 war die Aufgabe der NATO klar im klassischen Programm von Lord Ismay zusammengefasst: »To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down« Heute gibt es keine eindeutige Antwort auf die Frage: »NATO wofür?« Man redet sogar von einer globalen NATO und somit eigentlich von einem globalem Westen. Die NATO soll ihre Interventionsphäre bis zu Mittelfrika erweitern, wie Frau Albright einmal überschwänglich formulierte. Auf der anderen Seite lässt das Fehlen eines Konzepts für unsere strategische Allianz das Zurückgreifen zur alten ismayischen Devise durchblicken. Meines Erachtens wird dies besonders in den Motivationen Brzezinskis bei der NATO-Erweiterung ziemlich klar. Er meinte, das sei gegen Russland und auch gegen Deutschland gerichtet. Die nicht besonders glorreiche Leistung der NATO und heute der KFOR im Kosovo mit den aufsehenerregenden Meinungs- und Planungsverschiedenheiten in einem Bündnis, das die Interessen vom proserbischen, antiamerikanischen Griechenland mit denen eines Tony Blair, der auf Belgrad marschieren wollte, auf einen gemeinsamen Nenner bringen sollte, mag uns nachdenklich über die Zukunft des Westens stimmen. Die größte Gefahr sehe ich heute in der abgekühlten Haltung der USA zur NATO beziehungsweise im sichtbaren Misstrauen der Amerikaner gegenüber Europa. Auf der einen Seite jedoch verlangen die Vereinigten Staaten einen stärkeren europäischen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit. Dies bedeutet, dass sie auf verstärkte, glaubhafte und brauchbare europäische Streitkräfte im Bündnis setzen wollen. Dennoch reagieren die Amerikaner besonders misstrauisch, wenn wir Europäer versuchen, einen minimalen gemeinsamen militärischen Kern zu schaffen. Sie befürchten, dass ein solcher Kern eher eine desintegrierende Auswirkung innerhalb der NATO herauf beschwören könnte. Sie wollen also mehr Burden Sharing aber ohne Power Sharing. Auf lange Sicht ist meines Erachtens eine solche amerikanische Haltung nicht tragbar. Im Falle eines erneuten Konflikts auf dem Balkan, sagen wir im Kosovo, in Mazedonien oder auch vielleicht in Montenegro, würden höchstwahrscheinlich diese Interessenskonflikte noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Dies würde verheerende Folgen für die NATO mit sich bringen. Grund genug, alles mögliche zu tun, um eine solche Krise auf jeden Fall zu verhindern.

Das Problem der zunehmenden Komplexität des ostmitteleuropäischen Raumes. Das geopolitische Erdbeben 1989 und 1991 hat ein Machtvakuum in der Mitte unseres Kontinents erzeugt. Zwischen der Bundesrepublik und der Russischen Föderation zählen wir heute 21 Staaten, wobei das Wort Staat für manche Balkan-Länder wie Albanien, Bosnien oder gar Jugoslawien eher eine Fiktion ist. Im Jahre 1919, nach der

aus dem 1. Weltkrieg hervorgegangenen Fragmentation des mitteleuropäischen Raumes, gab es dort nur 13 Staaten. Man sollte zumindest das geopolitische und wirtschaftliche Gefälle zwischen EU-Staaten und EU-Kandidaten analysieren. Die deutsche Wiedervereinigung zeigt die Problematik zwischen den Welten Ost und West sehr gut auf. Denn an dieser Kluft könnte die Osterweiterung scheitern. Wenn wir zum Beispiel die letzte Studie der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Migration lesen, zeigt sich, dass sich das Lohngefälle an der deutsch-polnischen Grenze zum steilsten in der ganzen Welt herauskristallisiert hat. Oder denken wir an die Tatsache, dass das reichste Land unter den Beitrittskandidaten ärmer ist als das Ärmste unter den 15 Mitgliedstaaten. Aber das größte Problem für die zukünftige Osterweiterung und für unsere Friedenszone besteht in einem noch viel bedeutenderem Unterschied zwischen Westeuropa und Ostmitteleuropa, nämlich in der geopolitischen Selbstbetrachtung mancher unserer Nachbarn im Osten. Ich nenne nur drei wesentliche Züge dieser Stimmung, die das Gefälle zwischen West- und Ostmitteleuropa stilisieren. Primär die Frage der Souveränität: Diese Länder haben gerade vor ein paar Jahren ihre Souveränität wiedererobert. Es fällt ihnen sicherlich schwer, jetzt der Europäischen Union den Vortritt zu lassen. Diese Einstellung kann man an den Reaktionen vieler EU-Beitrittskandidaten gegenüber den von Europa gegen Österreich verhängten »Sanktionen« ablesen. Gemeinsame Europäische Sanktionen gegen Österreich wären im Falle einer schon erweiterten EU überhaupt nicht denkbar gewesen. Zweitens die Beziehung zur eigenen und gemeinsamen Geschichte: In diesen Ländern ist die Geschichte oft zeitgenössisch. Man hat die Vergangenheit noch ungenügend historisiert, was natürlich zum Teil auch für Westeuropa gilt. Zum Beispiel Ungarn: Es hat eigentlich die Wunde von Trianon nicht verarbeitet. Wer das bezweifelt, sollte vielleicht die öffentlichen Deklarationen mancher ungarischer Politiker, auch des Regierungslagers, während des Kosovokrieges über die Unabhängigkeit der Wojwodina nochmals lesen. Von den Verstimmungen mit der Slowakei und besonders mit Rumänien ganz zu schweigen. Was wäre heute Deutschland, wenn man hier noch über Versailles debattieren würde? Drittens die Beziehung zu Russland: Es scheint so, als ob die Angst vor der russischen Großmacht immer noch tief in diesen Ländern verwurzelt ist. Außerdem bemühen sich diese Länder ungenügend um eine eigene Ostpolitik, ganz so, als ob alle Probleme mit Moskau von uns geregelt werden sollten. Aber ohne eine Beziehung zwischen diesen Ländern und Russland auf einer vernünftigen Basis, ist die Sicherheit auf dem ganzen Kontinent in Frage gestellt. Wir brauchen keine neue Mauer, keine Verlegung des Eisernen Vorhangs von der Oder-Neiße zum Bug.

Russland ist heute eine unberechenbare Realität. Man könnte auch bezweifeln, ob es gar noch eine Realität ist, da die Züge eines äußerst gefährlichen Desintegrationsprozesses seit ein paar Jahren deutlich zu erkennen sind. Die Lage in der sogenannten Russländischen Föderation bewerte ich als die überhaupt gefährlichste Entwicklung nach dem sogenannten Ende des Kalten Krieges. Ich unterstreiche das Wort »sogenannten«, weil sich in den russischen Eliten und auch in der öffentlichen Meinung, so weit es eine öffentliche Meinung gibt, das Gefühl ver-

breitet hat, dass das Ziel des Kalten Krieges unsererseits eigentlich nicht die Bekämpfung der kommunistischen Sowjetunion, sondern nur ein neues Kapitel des westlichen Angriffs gegen Russland gewesen sei – eigentlich also ein geopolitisches Ziel politisch-ideologisch verkleidet. Dies kann man auch einigen berühmten Schriften Brzezinskis entnehmen. Bis vor einiger Zeit haben unsere Regierungen öffentlich die merkwürdige These vertreten, Russland sei eine Demokratie, die sich in einer mehr oder weniger erfolgreichen Phase der wirtschaftlichen Transformation von der Kommandoökonomie der sowjetischen Zeiten zu einer Art Marktwirtschaft befindet. Beides war, ist und bleibt falsch. Noch mehr, beides war bewusst gefälscht worden, um die Tatsache der weitgehenden Anarchisierung des ehemaligen sowjetischen, beziehungsweise russischen Raumes zu verleugnen. Der furchtbare Krieg in Tschetschenien ist die Folge dieser tiefgreifenden Krise. So lange Russland in den Händen ein paar korrupter Oligarchen liegt, bleibt die dortige Lage instabil. Inwieweit Putin das ändern wird und in welche Richtung bleibt offen.

Und jetzt zum Ende die Frage der Alternativen zu dieser Lage, die nicht besonders günstig erscheint. Die Alternativen zu dieser Kettenreaktion sollten besonders im Hinblick auf die Bewältigung heutiger und zukünftiger Konflikte aufgezeigt werden. Das Stichwort wird hier Kerneuropa heißen. Ein Wort, das in Italien vor dem Beitritt zum Euro mit unangenehmen Gefühlen verbunden wurde. Nicht unbedingt ein Kerneuropa im Sinne von Schäuble und Lamers. Ich argumentiere jetzt natürlich vom italienischen Standpunkt, obwohl ich mir ziemlich sicher bin, dass unsere fundamentalen nationalen Interessen mit denen unserer EU-Partner in diesem Falle vereinbar sind.

76

- Dialog**
- Andras Heltai-Hopp:** Die andere Frage, die mir interessant erscheint: Es klang zumindest für mich so, dass Italien versuchen sollte, eine selbständige Politik in Ostmitteleuropa zu verfolgen und zur Stabilisierung beizutragen. Ist da in der politischen Elite ein Wille dazu da?
- Lucio Caracciolo:** In welcher Elite?
- Andras HeltaiaHopp:** Eine gute Frage, in der italienischen.
- Lucio Caracciolo:** Von einer politischen Elite in Italien zu sprechen, ist es ein bisschen so ...na ja ...

Also, wir brauchen ein Europa, das mit beiden Füßen im politischen und strategischen Gebilde des Westens steht – ein Westeuropa. Nicht im geographischen Sinne, aber doch im geopolitischen. Dessen Hauptaufgabe scheint nämlich zu sein, gefälschte Wahlen als Fair and Free zu taufen, wie zum Beispiel in Albanien, Jugoslawien oder gar Russland, wenn es den Interessen der wichtigsten Mächten, also der sogenannten internationalen Gemeinschaft entspricht. Nehmen wir einmal an, eine solche konzeptlose Erweiterung, die mir eher desintegrierend, wenn nicht sogar destabilisierend erscheint, sei jetzt unvermeidlich. Dann brauchen wir nur noch unsere liberaldemokratische, weltoffene und mit Nordamerika zutiefst verbundene Gemeinschaft in der EU selbst zu bauen, Kerneuropa als geopolitisch westlicher Kern der Europäischen Union. Etwas Ähnliches existiert schon jetzt im Europa der 15 Mitgliedsstaaten und es hat immer existiert: Man denke nur an Euroland oder an die versteckte militärische Kooperation zwischen

Deutschland, Frankreich und Großbritannien oder an die Tatsache eines westlichen Direktoriums, der sogenannten Quint (die fünf führenden NATO-Staaten Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien – Anmerkung der Redaktion), das während des Kosovokrieges gebildet wurde und heute noch relativ koordinierend wirkt. In einem erweiterten Europa werden sich naturgemäß weitere lockere Kreise herausbilden, die unsere gemeinsame Architektur noch barocker stilisieren werden.

Wie bereits heute, aber dann in einem viel größerem Maße, werden wir eine erste, eine zweite, eine dritte, eine vierte und so weiter Liga bekommen.

Juraj Alner:
Integration ist die beste Lösung

Also, wir sollen ja über die negativen Alternativen reden. Übrigens, die Frage nach dem Krieg in Europa sollten wir mit Blick auf die Geschichte der letzten 50 Jahre ganz genau analysieren. Weltweit, nicht nur in Europa, hätten wir täglich x Kriege haben können. Täglich. Und es war wirklich eine mühsame Arbeit der Tausende von Diplomaten und Politikern und verschiedenen Institutionen und Zusammenhängen das zu verhindern. Also da sehen wir auch in der Zukunft diese Drohung, aber wir sehen auf die Mechanismen, die das irgendwie, irgendwie doch beim Frieden halten können. Und in Europa sehe ich keine bessere Alternative als die Integration. Also die Perspektive des Friedens, falls wir sie europaweit haben wollen, dann geht es wirklich nicht ohne Erweiterung und dann kommt wirklich die Frage, ob die Erweiterung nicht so weit gehen soll, wie weit auch wir über Frieden sprechen wollen.

Um einen Kern zu bilden, müssten wir meines Erachtens die Frage des eigentlichen Ziels der europäischen Konstruktion einmal klar definieren. Das heißt: Ein Kerneuropa wird die ziemlich schwammige Debatte über die Vertiefung konkret werden lassen und den Weg vom unendlichen Glossieren unserer schon unlesbaren Verträge zur demokratischen Verfassungsebene ermöglichen. Es wird die Möglichkeit eines gemeinsamen westeuropäischen Staates im geopolitischen Sinne als Ziel der 1957 in Rom begonnenen Arbeit formen. Ob es überhaupt noch möglich ist, ein solches ehrgeiziges Projekt zu realisieren, ist natürlich bei Beobachtung der fortschreitenden Desintegration zu bezweifeln. Aber man würde zumindest eine echte leidenschaftliche demokratische Debatte über unsere gemeinsame Zukunft in ganz Europa anregen. Angesichts der heutigen Lage wäre schon das eine beneidenswerte Perspektive.

Werner Weidenfeld:
Es gibt keine strategische Debatte

Kerneuropa. Herr Arnold hat dankenswerterweise noch mal auf mein Schaubild hingewiesen, ich will es einfach nur noch mal hier so hochhalten. Das ist in der Tat in der Mitte ein Block, der bei allem dabei ist. Da ist nämlich Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien. Die sind bei allem dabei. Ist das vielleicht Ihr Kerneuropa? Was das Problem meines Erachtens ausmacht, und da stimme ich mit Herrn Arnold völlig überein, ist, dass darüber ja keinerlei strategische Debatte stattfindet. Nichts in der Politik kann funktionieren, ohne eine Form sagen wir kulturellen Konsenses. Sie müssen sich doch in der Politik im Alltag auf bestimmte Bezugspunkte in Ihrer Argumentation beziehen können, damit es alle verstehen. Also muss es eine Art öffentliche Debatte, eine öffentliche Konsensbildung darüber geben – erst Recht, wenn es sich um so vitale, fast kann man sagen existentielle Fragen handelt. Die muss es doch geben. Aber die EU-Politik in diesen Fragen läuft ohne irgendeine Art von öffentlicher Konsensbildung, da ist irgendwie mal eine routinemäßige Erklärung irgendeines Gipfels, da müssen Sie ja schon Experte sein, um das mit der Lupe festzustellen, welche gravierende Epocheentscheidung da vielleicht drinstecken, das hat dann niemand von uns mitbekommen, das geht heimlich an uns vorbei. Und das ist das entscheidende Manko.

Diskussion:
Kann es ein »Kern-
europa« geben?

Hans Arnold:

Wir haben also als einen fortdauernden Topos in der europäischen Politik, der heißt Deutschland beziehungsweise, der heißt deutsches Potenzial. Das sollte man sicher nicht so interpretieren, dass eine Wiederkehr von Hitler befürchtet würde. Darum geht es nicht. Es geht darum, dass im Zentrum Europas der größte europäische Staat liegt. Und das motiviert die anderen Staaten. Und deswegen auch, glaube ich, dass die Kernbildung schwierig wäre beziehungsweise nicht möglich ist, weil wenn zu diesem Kern Deutschland gehört, dann ist es ja ein großer Teil in einer kleineren Gruppierung und dann relativ noch gewichtiger als in einer größeren Gruppierung. Was sich auch schon abzeichnet, ist, dass im Europa der EU, auch mehr noch in dem der erweiterten EU, das wieder etwas stärker zum Ausdruck kommt, was man das europäische Gleichgewicht nennt. Das ist sicherlich nicht das Gleichgewicht des 19. Jahrhunderts, der souveränen Monarchien, die das gegeneinander und miteinander gespielt haben, sondern es ist die Form der Einbindung, die ja von Anfang angelegt ist in der Europäischen Union. Die Europäische Union hat ja als eines ihrer Ziele ein Gleichgewicht zwischen ihren Mitgliedern herzustellen, wobei die kleineren Mitglieder zur Verbesserung und Verstärkung des allgemeinen Gleichgewichts in dem Verfahren bevorzugt werden. Diese Form der Einbindung, die braucht aber auch ein größeres Europa. Man kann nicht einen Kern bilden, dessen Ostgrenze die Ostgrenze Deutschlands ist. Das will auch in Deutschland niemand. Diese Dinge muss man sehen. Bei allem, worüber man nachdenkt in Europa, wird immer das deutsche Zentrum gesehen. Und da kommt man dann eigentlich nicht zu einer Kernbildung, sondern das Beste, wozu man kommen kann, ist eine europäische Form des Miteinander, des organisierten Miteinander, für die man die Amerikaner nicht mehr braucht.

Lucio Caracciolo:

Was soll das bedeuten, also von der Institution her? Wie sehen Sie die Institutionen eines solchen Europas?

Hans Arnold:

Da bräuchte ich jetzt eine Glaskugel, um das sagen zu können.

Nikolaus Röttger:

Ich habe eigentlich nur eine Frage und die ist nach wie vor die gleiche wie am Freitagabend: Was eigentlich ist Europa? Herr Caracciolo hat gesagt, Europa wird nicht definiert und Herr Weidenfeld hat im Prinzip Ähnliches gesagt. Warum wird das in der öffentlichen Debatte nicht thematisiert? Also wohin geht Europa, wie soll Europa ausschauen, soll es ein Kerneuropa haben, warum passiert das in der öffentlichen Debatte nicht? Das ist meine Frage in den Raum.

Lucio Carracciolo:

1997, als man überhaupt nicht mehr über Kerneuropa sprach, gab es eine Konferenz in Italien über deutsch-italienische Beziehungen und Lamas schockierte einigermaßen die Gesellschaft, als er meinte, Kerneuropa sei immer noch, sagen wir, der Begriff der deutschen Außenpolitik in Europa. Ich weiß nicht, wie es heute aussieht, wie es zum Beispiel Herr Schröder meint, aber ich glaube, dass man nicht gerade so oft und offen über Kerneuropa spricht, ist meines Erachtens ziemlich merkwürdig und es erinnert mich an einen Satz von Jacques Delors, der einmal meinte, wir haben die Erweiterung angefangen um eine echte Diskussion über die Vertiefung zu vermeiden. Und ich meine, er hatte Recht. Ich glaube, wir sollen versuchen, eine solche Diskussion zu stimulieren, weil das würde heißen – und ich antworte vielleicht damit auch auf die Frage des Herrn Röttger und anderer – das würde endlich bedeuten, dass wir über ein bestimmtes Europa diskutieren und nicht über ein schwammiges Konzept. Ich habe keine endgültige Wahrheit, aber ich glaube, es ist methodologisch wichtig, endlich eine Diskussion über ein bestimmtes Europa zu haben und nicht über Europa so im allgemeinen Sinne.